# Bericht über die Entwicklung in POLEN

Februar 1963


| | | Seite: |
|---|---|---|
| I. | Politische Ereignisse | 1 |
| | 1) Paris, Bonn, Warschau | 1 |
| | 2) Warschau ruft nach Einigkeit | 4 |
| | 3) Der Faden nach Tirana nicht gerissen ... | 6 |
| II. | Wirtschaft | 8 |
| | 1) Erfüllung des Wirtschaftsplanes 1962 | 8 |
| | 2) Zeitplan soll eingehalten werden | 13 |
| | 3) Polen investiert in der Sowjetunion | 14 |
| | 4) Polnisch-italienische Handelsbeziehungen | 15 |
| III. | Soziale Probleme | 18 |
| | 1) Ausländische Studenten in Polen | 18 |
| | 2) Zu wenig politisch ... | 18 |


- - - - - - - - - - - - -

Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn -

## I. POLITISCHE EREIGNISSE

### 1) Paris, Bonn, Warschau

Sehr besorgt zeigen sich die offiziellen Stellen in Polen gegenüber einer eventuellen Beteiligung der Bundeswehr an einer multilateralen NATO-Atommacht. Wie alle Beobachter der politischen Entwicklung in Warschau feststellen, wird diese Sorge auch von der breiten Masse der Bevölkerung geteilt. Die amtliche Propaganda bemüht sich natürlich nach Kräften, den einfachen Bürgern möglichst oft mit dem Problem einer möglichen Atom-Ausrüstung der Bundeswehr zu konfrontieren.

Einen neuen Antriebbekam diese Propaganda durch neue Abkommen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik. In dem traditionell frankophilen Polen ist die Enttäuschung über den Vertrag sehr groß und wohl auch echt. In der polnischen Hauptstadt glaubt man nämlich, daß in der jetzigen Situation der Vertrag zwischen Bonn und Paris kaum einer echten Aussöhnung zwischen zwei Völkern, dafür um so mehr den ehrgeizigen politischen und militärischen Plänen Westdeutschlands dienlich sein wird. Ganz deutlich sprach sich in diesem Sinne der Vorsitzende des Staatsrates, Aleksander ZAWADZKI, aus ("Trybuna Ludu" vom 13. Februar):

> "Wir stellten schon mehrmals mit Betonung fest, daß uns die aufdringlichen Forderungen der Bundesrepublik nach Kernwaffen um die Sicherheit Europas besorgt machen. Tiefes Mißtrauen und Besorgnis muß auch ... das Abkommen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik erwecken, dessen Ziel eine Festigung und Verstärkung der militärischen und politischen 'Achse Bonn-Paris" sei. Dieses Bündnis ... gibt den westdeutschen Militaristen und Revanchisten ein neues Sprungbrett zur Vorherrschaft in Westeuropa und die Möglichkeit einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr. Die Regierungen der Bundesrepublik und Frankreichs schufen durch die Montierung dieser 'Achse' eine neue Quelle der internationalen Spannung."

10 Tage später erschien im Hauptorgan der PZPR ein Artikel, der sich mit der gleichen Frage beschäftigt:

"Seit mindestens 5 Jahren gibt sich die Bundesregierung keine Mühe mehr, um zu verheimlichen, daß sie die Bunde swehr mit A-Waffen ausrüsten möchte. Die letzten Ereignisse beweisen, daß diese Regierung immer energischer auf diesem oder jenem Wege die Waffen der Massenvernichtung in ihren Besitz bringen will. Man muß offen feststellen, daß die Westmächte dieses Verlangen Bonns nach Atomwaffen nicht bremsen, sondern geradezu fördern. Wir denken hier nicht nur an das Militärbündnis Paris-Bonn, sondern auch an die zumindest zweideutigen Konzeptionen einer multilateralen Atommacht der NATO. Zwischen Paris auf der einen und Washington mit London auf der anderen Seite spielt sich dabei ein gewisses und nicht ungefährliches Wettrennen um die Gunst Bonns ab. Die offen nach Atomwaffen strebende Bundesregierung wird gewissermaßen zu einem Schiedsrichter innerhalb des verzankten Atlantikbündnisses.
Die eine wie die andere um die Gunst Bonns werbende Partei legt zwar beruhigende Schwüre ab und beruft sich auf die Verpflichtungen der Bundesregierung, auf eigenem Gebiet keine Nuklearwaffen zu produzieren. Diese Verpflichtungen... beinhalten aber keineswegs ein Verbot, die Bundeswehr mit A-Waffen auszustatten, bezw. diese Waffen auf de m Gebiete eines verbündeten Staates zu produzieren.
Wollen wir nun die einfachste und auch wichtigste Frage stellen: wozu brauchen eigentlich die Regierenden in Bonn die Nuklearwaffen? Wer soll die Beschwörungen glauben, daß diese Waffen in ihren Händen und in den Händen von ehemaligen Hitlergeneralen, die jetzt die Bundeswehr befehligen, nur der 'Verteidigung' dienen werden? In Wirklichkeit würden sie zumindest einer sehr gefährlichen politischen Erpressung und einer Veränderung des Kräftegleichgewichtes nicht so sehr zugunsten des Westen, als vielmehr zugunsten des expansions- und revanchelüsternen deutschen Imperialismus und Militarismus dienen. In Polen braucht man niemanden aufzuklären, welche Gefahr das für den Frieden bedeutet. Man braucht auch niemanden darüber aufzuklären, daß die jetzige Politik Frankreichs, die darauf hinzielt, der Bundesrepublik eine Atombewaffnung zu ermöglichen, ernste Sorgen um die Zukunft der polnisch-französischen Beziehungen erwecken muß."

Wenn man nach der offiziellen Note der polnischen Regierung, gerichtet an die Regierung de Gaulles (veröffentlicht am 26. Februar) urteilen draf, ist die Zukunft dieser Beziehungen zumindest getrübt. In der Note, die von allen polnischen Zeitungen an führender Stelle gebracht wurde, heißt es u.a.:

"Die Regierung der Polnischen Volksrepublik wünscht mit ganzen Nachdruck, die Regierung Frankreichs darauf aufmerksam zu machen, daß der Vertrag zwischen Frankreich und der Bundesrepublik tiefe Besorgnis in der polnischen Regierung und in der polnischen Öffentlichkeit hervorgerufen hat.

Die polnische Regierung mußte im Laufe der letzten Jahre feststellen, daß die Politik Frankreichs sich in einer Richtung bewegt, die mit den Interessen des Friedens und der Sicherheit in Europa ni cht zu vereinbaren ist. Das Abkommen vom 22. Januar 1963 ermöglicht den westdeutschen Kräften des Revisionismus und Revanchismus eine Festigung. Diese Kräfte stellen aber gegenüber Polen und anderen Staaten Ansprüche, die gegen die Integrität des Territoriums dieser Staaten gerichtet sind. Das muß verständliche Besorgnis in Polen erwecken und sicher dürfte das auch der französischen Regierung nicht gleichgültig sein.

Die Regierung Volkspolens betonte mehrmals, daß die Bundesrepublik im Besitze von Atomwaffen, unabhängig davon in welcher Form das geschieht, eine Bedrohung für den internationalen Frieden und die Sicherheit bedeutet. Die polnische Regierung kann gegenüber der Tatsache nicht gleichgültig bleiben, daß der französisch-westdeutsche Vertrag der Bundesrepublik ihr politisches Spiel erleichtert, das darauf hinzielt, diesen Vertrag für die Interessen des westdeutschen Militarismus und Expansionismus auszunützen. Die Ausrüstung der Bundesrepublik mit Rakten- und Atomwaffen bedeutet eine so ernste Gefahr für die Sicherheit Polens und seiner Verbündeten, daß es die polnische Regierung nicht versäumen kann, nach einer Verständigung mit ihren Vorbündeten, die notwendigen Konsequenzen hinsichtlich der eigenen Sicherheit zu ziehen. Mit Rücksicht auf die guten polnisch-französischen Beziehungen hielt

es die polnische Regierung für ihr Recht und ihre Pflicht, die Regierung Frankreichs mit vollem Ernst auf die gefährlichen Konsequenzen hinzuweisen, die für den Frieden und die europäische Stabilität durch den deutsch-französischen Vertrag entstehen.

2) Warschau ruft nach Einigkeit

In Warschau sorgt man sich in zunehmendem Maße um die Einheit des kommunistischen Blocks. Augenzeugen berichteten inzwischen, mit welcher Unruhe GOMULKA die Kontroverse mit China aufnimmt. Auf dem SED-Parteitag war er zum ersten Male direkt mit der Tatsache konfrontiert worden, daß das kommunistische Lager sich in zwei feindliche Lager zu spalten droht.

In der Umgebung des I. Sekretärs der PZPR spricht man darüber, daß GOMULKA eine sehr persönliche Beziehung zur Frage der Einigkeit aller kommunistischen Staaten und Parteien hat. Er war es schließlich, der seine Stellung und seinen Kopf riskiert hatte, um zu verhindern, daß man die jugoslawischen Genossen im Jahre 1948 für abtrünnig erklärte. Heute ist die Lage sehr viel ernster. Er möchte darum, so heißt es in politischen Kreisen Warschaus, um so mehr alles vermeiden, was das kommunistische Lager weiter schwächen könnte.

Schlichtungsversuche, die er bereits unternommen hat, als der Streit zwischen Moskau und Peking begann, haben bislang wenig gefruchtet. Die Chinesen reagierten sehr gereizt, und nicht einmal CHRUSCHTSCHOW wollte GOMULKA eine Vermittlerrolle zubilligen. Seitdem beschränkt sich GOMULKA hauptsächlich darauf in seinem eigenem Bereich dafür zu sorgen, daß

mindestens die polnischen Kommunisten nicht zur Vergrößerung der Kluft beitragen.

Polnische Delegationen auf den Parteitagen der "Bruderparteien", die im letzten halben Jahr stattfanden, zeichneten sich durch Zurückhaltung aus, obwohl ihre Solidarität mit CHRUSCHTSCHOW außer jedem Zweifel stand. Die polnische Presse und der Rundfunk haben stets die entsprechende Linie streng beachtet. Sie gingen so weit, daß sie z.B. alle Stellen in der ULBRICHT-rede auf dem SED-Parteitag, die gegen die KP Chinas gerichtet waren, verschwiegen.

Am 13. Februar erschien in der parteiamtlichen "Trybuna Ludu" ein Artikel, der die Bedeutung der Einigkeit mit allem Nachdruck unterstrich:

> "Die Einheit der sozialistischen und kommunistischen Parteien ist heute mehr denn je notwendig. Je fester diese Einheit, um so größer wird unser Einfluß auf die Entwicklung in der Welt sein, um so überzeugender wird sich die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus zeigen.
>
> Die Einheit der sozialistischen Länder und der kommunistischen Bewegung stützt sich auf eine feste Grundlage von objektiven Faktoren. Die Unterschiede in der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung in den einzelnen Ländern, verschiedene Erfahrungen in der Außenpolitik und auch verschiedene Grade der Verantwortung für die Lösung der Weltprobleme können Differenzen in der Interpretierung einzelner Probleme, ja sogar Differenzen in den Ansichten hervorrufen. Jedes der 14 Länder, die sich heute auf dem Wege der sozialistischen Entwicklung befinden, hat seine nationalen Eigenarten. In der Zukunft wird es noch mehr solche spezifischen Elemente geben. Wir teilen aber die Überzeugung, daß alles, was die marxistisch-leninistischen Parteien verbindet, unvergleichlich wichtiger ist als das, was sie unterscheidet. Immer soll man als Ausgangspunkt das nehmen, was uns verbindet.

Unabhängig davon, wie ernst uns heute die bestehenden Differenzen erscheinen, sollten wir immer daran denken, daß sie am Ende nur eine untergeordnete Bedeutung gegenüber dem haben, was uns unzertrennlich verbindet. Differenzen unter kommunistischen Parteien dürfen nicht dazu genutzt eerden, nationalistische Ressentiments zu schüren. Zusammen mit der KPdSU und anderen Parteien sind wir der Meinung, daß Differenzen, die in der Arbeiterbewegung durch vergängliche Faktoren entstanden sind, sich nicht in einen ernsten Konflikt verwandeln dürfen."

Am 13. Jahrestag der Unterzeichnung des sowjetisch-chinesischen Vertrages, als ein vorübergehenderHoffnungsschimmer einer Versöhnung zwischen Moskau und Peking am Horizont auftauchte, teilte auch die polnische Presse diese Erwartung. Als unmittelbar danach aber die Ernüchterung kam und von chinesischer Seite der Konflikt noch mehr verschärft wurde, verschwieg Warschau diesen Rückschlag vollständig.

3) Der Faden nach Tirana nicht gerissen...

Sehr bezeichnend für die Haltung der polnischen Kommunisten im ideologischen Streit zwischen den einzelnen Ostblockparteien ist die Einstellung Warschaus zu Tirana. Am 23. Februar veröffentlichte die offizielle polnische Presseagentur PAP eine Information über die Unterzeichnung eines Protokolls zum Handelsabkommen zwischen Polen und Albanien. Die Nachricht wurde an einer gut sichtbaren Stelle in allen Zeitungen veröffentlicht.

Die polnisch-albanischen Handelsgespräche wurden in der albanischen Hauptstadt geführt und endeten mit einem Übereinkommen. Die für das laufende Jahr vorgesehenen Handelsumsätze werden höher sein, als ursprünglich vorausgesehen war. Sie übersteigen den Umsatz des vergangenen Jahres erheblich.

Die Handelsbeziehungen zwischen Warschau und Tirana entwickeln sich also günstig. Manche volksdemokratischen Länder haben hingegen ihren Handel mit Albanien fast auf den Null-Punkt gedrosselt. In Warschau sorgt man also offensichtlich dafür, daß der Faden nach Tirana nicht abreißt, was den allgemeinen Grundsätzen der GOMULKA-Politik gegenüber den Konflikten im Ostblock entspricht.

## II. WIRTSCHAFT

### 1) Erfüllung des Wirtschaftsplanes 1962

Am 21. Februar veröffentlichte die polnische Presse das amtliche Kommuniqué des Statistischen Hauptamtes über die wirtschaftlichen Ergebnisse des vergangenen Jahres. Aus dieser offiziellen Statistik geht es hervor, daß das vergangene Jahr nur auf dem Gebiete der Landwirtschaft empfindliche Rückschläge brachte. In anderen Zweigen der Volkswirtschaft, vor allem aber in der Industrie verlief die Entwicklung normal.

### Industrie

Die Planziele dergesamten Industrie wurden fast um 1 % übererfüllt. Gegenüber dem Jahre 1961 erzielte man eine Produktionserhöhung um 8,4 %. In den letzten Jahren betrug die jährliche Wachstumsrate der Industrie 9-10 %.

Am schnellsten entwickelte sich die Produktion des Maschinenbaus, der elektrotechnischen und chemischen Industrie sowie die Herstellung von Waggons, Loks, Autos und Schiffen. Hier betrug die Steigerung der Produktion über 15 %. Die gleiche Tendenz herrschte auch in den vergangenen Jahren. Am langsamsten entwickelte sich die Produktion der Lebensmittel-, Leder- und Schuhindustrie, was ebenfalls bisherigen Erfahrungen entspricht.

Einzelne Ergebnisse bei wichtigeren Erzeugnissen waren folgende:

| | Erfüllung | 1961 = 100 |
|---|---|---|
| Elektroenergie | 35,4 Mrd kWh | 109,7 |
| Steinkohle | 109,6 Mio to | 102,8 |
| Braunkohle | 11,1 Mio to | 107,3 |
| Koks | 13,1 Mio to | 104,3 |
| Rohstahl | 7,7 Mio to | 106,3 |

| | Erfüllung: | 1961 = 100 |
|---|---|---|
| Zink | 181 Tausend to | 99,4 |
| Kupfer (elektrolitisch) | 24,1 " | 108,6 |
| Aluminium | 48,1 " | 101 |
| Schiffsmotoren | 165 Stück | 161,8 |
| Werkzeugmaschinen | 24,8 Taus. Stück | 111,2 |
| Elektromotoren | 1352 " " | 109,8 |
| Dieselloks (breitspurig) | 240 Stück | 143,7 |
| Elektroloks | 49 " | 104,3 |
| Elektrotriebwagen | 90 " | 90,9 |
| Güterwaggons | 15 489 Stück | 114,4 |
| Traktoren (mit zwei Achsen) | 12 625 " | 119,6 |
| " (mit einer Achse) | 2 020 " | 105,2 |
| P K W | 16,1 Tausend St. | 111,4 |
| L K W | 22,4 " " | 116 |
| Autobusse | 2629 Stück | 114,8 |
| Hochseeschiffe | 290 Taus. DTW | 133 |
| Motorräder | 147 Taus. Stück | 110 |
| Mopeds | 42,9 " | 132 |
| Fahrräder | 702 " | 118,5 |
| Waschmaschinen (für Haushalt) | 580 " | 101,5 |
| Kühlschränke " " | 77,9 " | 153,7 |
| Nähmaschinen " " | 260 " | 112,2 |
| Radioempfänger | 654 " | 111,1 |
| Fernsehempfänger | 299 " | 129,5 |
| Schwefel | 209 Taus. to | 157,8 |
| Schwefelsäure (100 %) | 852 " | 107,3 |
| kalzinierter Soda (98 %) | 541 " | 100,9 |
| Ätznatron (96 %) | 196 " | 105,2 |
| Stickstoffdünger (100 %) | 308 " | 109,2 |
| Phosphordünger (100 %) | 265 " | 112,6 |
| Zement | 7541 Taus. To | 102,4 |
| Papier | 560 " | 103,3 |
| Baumwollstoffe | 693 Mio Meter | 97,3 |
| Wollstoffe | 82,6 " | 106,3 |
| seidene Stoffe | 104,4 " | 93,9 |
| leinene Stoffe | 92,5 " | 103,3 |
| Schuhe | 42,9 Mio Paar | 109,5 |
| Zucker | 1.222 Taus. to | 81 |

Landwirtschaft

Infolge der ungünstigen Witterung erzielte die Landwirtschaft ein Produktionsniveau, das 8,5 Prozent niedriger als im Vorjahre war. Wenn man die Ergebnisse der Tierzucht nicht mitrechnet (die ungefähr auf dem Vorjahrsniveau lagen, so beträgt die Verminderung der pflanzlichen Produktion sogar 14,2 %. Einen solchen Rückschlag hat die polnische Landwirtschaft lange nicht notiert.

Relativ gut haben im Vergleich dazu die Staatsfarmen abgeschnitten, wo die Produktion nur um 1,3 % niedriger lag. Die durchschnittlichen Ernteerträge für die vier wichtigsten Getreidesorten waren um 1,9 dz pro ha niedriger. Der Rückschlag war am stärksten beim Roggen (2,8 dz) am niedrigsten beim Weizen (0,6). Der Gesamtertrag von Roggen beträgt genau so viel, wie die Erträge der restlichen 3 Getreidesorten. Beim stärkeren Anbau von Weizen brauchte der Ausfall also nicht so stark zu sein. Eine Erweiterung der Weizenanbaufläche stößt aber auf keine Gegenliebe bei den Bauern, die traditionell am bequemen, wenn auch wenig ertragreichen Anbau von Roggen hängen.

Die Zahl der Bauernzirkel betrug gegen Ende des Jahres 27.900, was eine Erhöhung um 9,4 % beträgt. Die Zahl ihrer Mitglieder wuchs dagegen sogar um 17 % und überschritt eine Million.

65,8 % aller Bauernhöfe in Polen hatten in der Mitte des vergangenen Jahres Anschluß an das Stromnetz. Im Vorjahre waren es 63,4 %.

Handwerk

Das Privathandwerk unterhielt am Ende des Jahres 135.000 Betriebe, und beschäftigte 226.000 Personen. Diese Zahlen decken sich ungefähr mit denen des Vorjahres, was eine Stagnierung des Privathandwerks bedeutet. Ein Vergleich

der Zahl der Betriebe und der Beschäftigten weist darauf hin, daß es sich beim Privathandwerk hauptsächlich um Kleinstbetriebe handelt.

Versorgung der Bevölkerung

Bei einer Anzahl von Lebensmitteln war die für die Versorgung der Bevölkerung bereitgestellte Menge kleiner oder genau so groß wie im Vorjahre. Das bezieht sich z.B. auf Weizenmehl, Reis, tierische Fette, Butter und Zucker. Wenn man bedenkt, daß die Bevölkerung Polens jährlich um ca. 0,5 Millionen wächst, bedeutet daß eine wesentliche Verschlechterung der Versorgung.

Das gleiche konnte man bei der Versorgung mit Textilien beobachten. Die zum Verkauf an die Bevölkerung bestimmten Stoffe aller Art machten nur 90 bis 95 Prozent des Vorjahresangebotes aus. Das Angebot von Einrichtungsgegenständen und Gebrauchsartikeln erreichte auch nicht das Vorjahresniveau (Nähmaschinen, Waschmaschinen usw.), obwohl sich die Produktionszahlen für manche dieser Waren erhöht haben.

Außenhandel - Export

Die Ausfuhr der polnischen Waren erreichte im Jahre 1962 folgende Ergebnisse (angegebene Wertzahlen in sogen. "Devisenzloty" = 0,25 Dollar)

| | | | 1961 = 100 |
|---|---|---|---|
| Gesamtwert des Exports | 6585 | Mio | 109,5 |
| davon Ausfuhr in: | | | |
| kommunistische Länder | 4056 | " | 110,6 |
| kapitalistische Länder | 2529 | " | 107,6 |

Die Planziele des Exports in kapitalistische Länder konnte nur zu 96,4 % erfüllt werden. Der Anteil der kommunistischen Länder an dem Gesamtexport erhöhte sich von 60,9 % im Jahre 1961 auf 61,6 %.

Mit den Absatzschwierigkeiten in westlichen Ländern hängt auch die Nichterfüllung der Planziele für die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen zusammen.

Der Anteil an Maschinen, maschinellen Ausrüstungen und Transportmitteln am Gesamtvolumen des Exports erhöhte sich von 28 auf 29,8 %. Die größte Position im polnischhen Export nimmt aber immer noch die Gruppe der Brenn- und Rohstoffe ein, deren Anteil sich sogar unwesentlich (von 39,1 auf 39,3 %) erhöhen konnte. Der Anteil der landwirtschaftlichen Produkte sank von 21,4 auf 19,2 % und der der industriellen Gebrauchsgüter hielt sich auf dem Niveau von 11,7 %.

Außenhandel - Import

Die Höhe des Imports überschritt auch im vergangenen Jahre beträchtlich den Wert der Ausfuhr. Obwohl die Wirtschaftsplaner ein schnelleres Anwachsen des Exports gegenüber des Imports vorgesehen hatten, wurde diese Absicht im vergangenen Jahre durchkreuzt. Die Einfuhr entwickelte sich schneller als die Ausfuhr:

| | 1961 = 100 |
|---|---|
| Gesamtwert des Imports 7542 Mio | 111,8 |
| davon die Einfuhr aus | |
| kommunistischen Ländern 4908 " | 119,2 |
| kapitalistischen Ländern 2633 Mio | 100,2 |

Der Anteil des Imports aus kommunistischen Ländern erhöhte sich von 61 auf 65,1 %. Aus westlichen Ländern importierte man praktisch nur soviel wie im vorhergehenden Jahre. Brenn- und Rohstoffe nehmen auch hier die größte Position ein (47,2 % - um 2,5 % weniger als im Vorjahre). Ihnen folgen Maschinen und Transportmittel (32,9 %, fast 4 % mehr). Ungünstige Ernteergebnisse zwangen Polen zum erhöhten Getreide- und Futtermittelimport,

so daß die Planziele hier um fast die Hälfte "übererfüllt" werden mußten. Der Import von industriellen Gebrauchsartikeln betrug nur 6,6 % des Gesamtwertes.

Nationaleinkommen

Der Rückschlag in der Landwirtschaft verursachte, daß das Nationaleinkommen sich nur um 2,5 % erhöhen konnte. Geplant war eine Steigerung um 7 %.

Bevölkerung

Am Ende des vergangenen Jahres betrug die Gesamtzahl der Bevölkerung 30,5 Mio. 14,9 Mio lebten in den Städten, 15,6 Mio auf dem Lande. Der Geburtenüberschuß sank weiter und betrug nach provisorischen Berechnungen 12 Promille (höchster nach dem Kriege - 20 Promille).

Beschäftigung

Die Gesamtzahl der Beschäftigten im sogen. sozialistischen Sektor (also nicht auf Einzelbauernhöfen, im Privathandwerk usw.) betrug 7.549.000, also um fast 4 % mehr als im Jahre 1961. Die Zahl der in der Industrie beschäftigten Personen belief sich auf 3.138.000 (ebenfalls um 4 % mehr). Die zweitstärkste Gruppe stellte das Bauwesen (826.000), auf dem dritten Platz rangierte der Handel. 575.000 Menschen arbeiteten in der verstaatlichten Land- und Forstwirtschaft.

Löhne

Die nominelle Höhe der Bruttolöhne betrug durchschnittlich 1.805 Zloty, was im Vergleich zum Vorjahre eine Steigerung um 3,7 % ausmachte. Die offizielle Statistik gab keinen Preisindex an, die Experten schätzen jedoch, daß die Steigerung der Lebenshaltungskosten höher als die der Löhne war. Man muß also annehmen, daß die Reallöhne niedriger als im Jahre 1961 lagen.

In einzelnen Sparten der Volkswirtschaft gestalteten sich die Löhne verschieden. Wie in den vergangenen Jahren erzielten die im Bauwesen Beschäftigten die höchsten Bruttolöhne (2135). Den zweiten Platz nahm die Industrie ein (1961) und am schlechtesten bezahlt waren die im Gesundheitswesen Tätigen (1407).

2) Zeitplan soll eingehalten werden

Die Inbetriebnahme der neugebauten Produktionsbetriebe kann in Polen nur in den seltensten Fällen termingerecht erfolgen. Man hat darum schon gelernt, sich nicht allzu sehr auf ein bestimmtes Datum festzulegen und die Verpflichtungen enthalten meistens eine "tolerante Grenze", die oft sehr ausgedehnt ist. Dann heißt es z.B., daß eine Fabrik im I-III. Vierteljahr eines bestimmten Jahres zu arbeiten beginnen werde. Immer öfter drängt aber der Staat auf die Festsetzung eines bestimmten Datums für die Inbetriebnahme, das dann Gesetzeskraft erlangt.

Wo man die Wohltat der "Toleranzgrenze" nicht genießen kann, ruft man den erfinderischen menschlichen Geist zu Hilfe. An dem vorgeschriebenen Tage finden in der Regel die Eröffnungsfeiern statt. In nicht ganz fertiggestellten Fabrikhallen werden ein paar Maschinen provisorisch angeschlossen, einige wichtige Männer kämmen vom Ministerium oder aus der Zentralverwaltung, es werden Red en gehalten, man leert den symbolischen Schoppen Obstwein und alle gehen zufrieden nach Hause. In der Prese erscheint eine Notiz über die Fertigstellung eines für die Volkswirtschaft wichtigen Werkes. Jetzt können die Bau- und Montagefirmen in aller Ruhe ihre Arbeit fortsetzen, ohne dauernd gedrängt zu werden. Keiner braucht sich mehr zu beeilen. Oft vergehen noch lange Monate, bis das Werk wirklich fertig ist. Für die Planer ist es ausschlaggebend, daß das festgesetzte Datum "eingehalten" wurde.

Die oben beschriebene Unsitte, eine Fiktion für Tatsache zu nehmen, wird in letzter Zeit von der Presse in Polen stark angeprangert. Der dadurch in der gesamten Wirtschaft angerichtete Schaden kann in manchen Fällen sehr beträchtlich sein, wenn es sich um Betriebe der Schlüsselindustrie handelt, deren normales Funktionieren die Entwicklung weiterer industrieller Zweige bedingt. Ein Glas Wein zu Ehren der Erbauer soll, so verlangt man in der Presse, erst dann gehoben werden, wenn sie ihre Arbeit wirklich zu Ende gebracht haben.

3) Polen investiert in der Sowjetunion

Die Landwirtschaft Polens leidet unter dem Mangel an eigenen Kalisalzvorkommen. Vor dem Kriege gehörte Polen zu den größten Kaliproduzenten in Europa, die Bergwerke lagen in der Umgebung von Lemberg, das nach dem Kriege vom polnischen Territorium getrennt wurde. Der Versuch, neue Kalilager in Klowada (auf halbem Wege zwischen Posen und Warschau) zu erschließen, gelang nur zum Teil. Den größten Teil des Bedarfs deckt man durch Importe aus der "DDR". Dieser Import beträgt heute 340.000 to (umgerechnet auf 100 % Konzentrat), soll sich aber bis zum Jahre 1980 verfünffachen. So viel kann der westliche Nachbar Polens nicht liefern, man einigte sich auf eine Verdoppelung der jetzt bezogenen Menge. Es bleibt also ein Defizit von ca. 1 Mio to.

In der Umgebung von Minsk (Hauptstadt der weißruthenischen Sowjetrepublik) gibt es reiche Kalilager, die noch nicht ausgebeutet werden. Der nächstliegende Gedanke war, sich an den östlichen Nachbarn mit dem Vorschlag zu wenden, eine große Kaligrube und einen Verarbeitungsbetrieb zu bauen, die dann die polnische Landwirtschaft beliefern könnten.

Die Sowjets zeigten sich diesem Vorschlag nicht verschlossen, da aber der

Bau einer Kaligrube bei Minsk in den nächsten Jahren noch nicht vorgesehen war und das Bergwerk nach polnischen Wünschen für den polnischen Bedarf arbeiten soll, verlangte Moskau polnische Beteiligung an diesem Unternehmen. Am 18. Februar unterzeichneten Polen und die UdSSR ein Abkommen, das die polnische Seite zur Lieferung von Maschinen und Einrichtungen auf Kredit verpflichtet. Die Lieferungen werden in den kommenden 5 Jahren erfolgen und einen Wert von 70 Mio Rubel (ca. 300 Mio DM) repräsentieren. Die von Polen zu lieferenden Maschinen und Einrichtungen sollen nicht nur für das Bergwerk und den Verarbeitungsbetrieb, sondern auch für 40 Schwefelsäurefabriken bestimmt werden. Im Jahre 1970 wird Polen 700.000 to, 5 Jahre später schon 1 Mio to Kalisalz aus Weißruthenien importieren. Damit wird die Deckung des polnischen Bedarfs gesichert sein.

Ähnliche Abkommen hat Polen auch in früheren Jahren geschlossen (mit der Tschechoslowakei und der "DDR"). Sie bezogen sich auf den Abbau der polnischen Schwefel- und Kohlevorkommen, allerdings war Polen dabei die Partei, der man Kredite gewährte.

4) Polnisch-italienische Handelsbeziehungen

Im Laufe der letzten Jahre avancierte Italien zum wichtigsten Handelspartner Polens unter den "kapitalistischen"Ländern. Die gegenseitigen Handelsumsätze betrugen vor 5 Jahren 26 Mio Dollar, im vergangenen Jahre schon 70 mio. Der Wert des polnischen Exports belief sich dabei auf 38 Mio dollar.

Aus Italien bezieht Polen hauptsächlich Maschinen, Ausrüstungen und Halbfabrikate. Eine gewiße Bedeutung besitzt auch die Einfuhr von Reis und Südfrüchten. Die polnische Ausfuhr nach Italien bestand bis jetzt dagegen

überwiegend aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Rohstoffen. Warschau sprach aber offen davon, daß eine solche Struktur des Exports Polen aus vielen Gründen wenig zusagt (fallende Weltmarktpreise, Schwierigkeiten mit EWG). Warschau wollte dagegen den Italienern mehr Industrieerzeugnisse, Chemikalien, Werkzeugmaschinen, Stahlwerkserzeugnisse, Glas- und Keramikwaren, Möbel usw. liefern.

Den Besuch des italienischen Außenhandelsministers Luigi PRETI, der Anfang Februar nach Warschau kam, benutzten die Polen, um eigene Wünsche darzulegen. Der Gast aus Rom zeigte den polnischen Vorstellungen ein offenes Ohr und versicherte, daß man in seinem Lande die EWG nicht als eine "autarkistische" Organisation betrachtet. "Unserere Politik, " so meinte er, "kennt keine Diskriminierung der Handelsbeziehungen mit anderen Partnern".

Ende Februar konnte ein Protokoll zum polnisch-italienischen Handelsvertrag unterzeichnet werden. Die Umsätze sollen um 25 % erhöht werden, Polen darf mehr industrielle Güter nach Italien exportieren, verpflichtet sich aber gleichzeitig, mehr Maschinen, Motoren usw. aus Italien einzuführen.

## III. SOZIALE PROBLEME

### 1) Ausländische Studenten in Polen

Die Zahl der in Polen studierenden Ausländer beträgt insgesamt 829. Der Hauptteil (499) stammt aus Entwicklungsländern. 200 von ihnen beziehen ein polnisches Stipendium, die Zahl der Stipendiaten soll sich bald auf 300 erhöhen.

Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" befaßt sich am 16. Februar mit Problemen, die aus dem Studium einiger Hundert Afrikaner und Asiaten an polnischen Hochschulen resultieren. Man stellt die bisherige Methode der Rekrutierung dieser jungen Menschen in Zweifel, die Betreuung dieser Ausländer während des Studiums sei überdies nicht immer ausreichend. Das Blatt stellt die Frage, ob man für Afrikaer und Asiaten nicht ein verkürztes Studium einrichten sollte, weil das Problem der ausgebildeten Kader in ihren Ländern so dringend ist.

Ein ganz neuer Gedanke, der von dem polnischen Blatt ausgesprochen wurde, ist eine Kooperation und Spezialisierung auf dem Gebiete des Ausländerstudiums zwischen den Mitgliedsländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Als Beispiel nennt "Trybuna Ludu", daß sich die Tschechen auf die Ausbildung der medizinischen Kader, die Polen dagegen auf die Ausbildung der Schiffbauer spezialisieren könnten.

### 2) Zu wenig politisch...

Der Verband der polnischen Studenten ist eine Organisation, die sich hauptsächlich mit Existenz- und Bildungsfragen der 170 000 Studierenden in Polen befaßt. Politische Jugendorganisationen, die auch auf Hochschulen wirken, umfassen nur einen Teil (30 %) der Jugend, der Studentenverband dagegen, der sich bis jetzt weitgehend von der politischen Arbeit fernhielt, so gut wie alle Studierenden.

Diese Zurückhaltung gefiel aber den Parteifunktionären nicht, die in letzter Zeit immer öfter versuchen, den Studentenverband zu einem Werkzeug der politischen Beeinflussung aller Studenten zu machen.

Während des letzten Kongresses des Studentenverbandes (Mitte Februar) bemängelte der ZK-Sekretär JAROSINSKI das "unbefriedigende Niveau der politischen und gesellschaftlichen Bildung vieler Absolventen der Hochschulen". Es handelt sich um 70 % der Studenten, die sich während des Studiums anschließen wollen und sich dadurch direkter politischen Beeinflussung entzogen haben.

JAROSINSKI rief zu einer Aktionsgemeinschaft aller Jugend-Organisationen auf den Hochschulen auf.

> "Alles spricht dafür, daß diese Organisationen nicht einzeln, jede für sich wirken sollen. Die spezifischen Aufgaben des Studentenverbandes, der praktisch alle Studenten umfaßt, erlaubt den erzieherischen Einfluß auf die breite Masse der Studenten auszudehnen, sie gesellschaftlich und politisch zu aktivieren."

Bis jetzt hatte der Studentenverband seine spezifischen Aufgaben und beschränkte sich auch auf diese, gerade das machte ihn in Augen der meisten Studenten akzeptabel. Wenn man aus ihm ein Mittel zur politischen Beeinflussung machen will, kann sich diese Einstellung der Mehrheit der Studenten, die unpolitisch sind und in einem totalitär regierten Staate auch unpolitisch bleiben wollen, leicht ändern. Der geplante Effekt wird dann sicher ausbleiben.